

Jobbörse für die Erntesaison – Experte: Hilfsarbeit nicht „nachhaltig“



Sayed Kazemi (Vierter v. li.) und Ali Abdul (Fünfter v. li.) pflücken jede Woche vierzig Stunden lang Gurken in Ansfelden. Eine Arbeit, die vor allem Schultern und Rücken beansprucht.

Foto: Pallinger

Wenig Asylwerber als Erntearbeiter auf dem Feld

Vierzig Hände mit blauen Latexhandschuhen suchen das Feld zentimetergenau ab. Jede grüne Gurke, die sie finden, landet auf dem Förderband und wenig später im Anhänger des Traktors. „Von der Arbeit tun einem Rücken und Bauch weh“, wird Sayed Kazemi später sagen. Er liegt neben Ali Abdul auf dem „Gurkenflieger“. Zum Reden ist wenig Zeit: In Ansfelden in Oberösterreich ist Erntesaison, und Bauer Bernhard Mayr muss jeden Tag zehn bis 15 Tonnen Gurken ernten.

18 Studenten aus Polen liegen auf seinem „Gurkenflieger“, dazu Sayed Kazemi und Ali Abdul aus Pakistan. „Für Österreicher ist die Arbeit zu hart und der Verdienst zu schlecht“, sagt Bernhard Mayr. Ungefähr tausend Euro verdienen die Arbeiter pro Monat. Sayed und Ali helfen die Erntezeit von Juni bis August, den Sommer zu überbrücken. „Im Flüchtlingsquartier kann man nur schlafen“, sagt Sayed. Vor zwei Jahren ist er nach Österreich gekommen, spricht fließend Deutsch und kennt viele Bewohner von Ansfelden bereits beim Namen. Wirklich arbeiten darf er trotzdem nicht, denn er wartet immer noch auf seinen Asylbescheid.

Asylwerber dürfen in Österreich nämlich nur als Saisonarbeiter, Prostituierte oder Ehrenamtliche arbeiten. Deswegen reinigen Sayed und Ali freiwillig die Straße, räumen nach Festen im Ort auf oder pflegen die Gärten der Bewohner. Dass sie als Saisonarbeiter Gurken ernten, ist im österreichweiten Vergleich aber beinahe eine Seltenheit: Laut dem Innenministerium warteten Ende März 2017 knapp über 70.000 Personen auf die Entscheidung ihres Asylverfahrens. Von diesen waren laut AMS im Juni 2017 182 in der Saisonarbeit tätig. 82 davon fallen in den Bereich Tourismus, die restlichen hundert teilen sich in

In Österreich arbeiten nur 100 Asylwerber als Saisonarbeiter auf den Feldern. Dabei wäre der Bedarf an Arbeitskräften viel größer. Es scheitert oft an bürokratischen Hürden.

REPORTAGE: Jakob Pallinger

Erntehelfer und Saisonarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft auf. Der Unterschied liegt in der Beschäftigungsdauer: Erntehelfer dürfen maximal sechs Wochen, Saisonarbeiter bis zu sechs Monaten arbeiten. Ein Großteil der Asylwerber arbeitet in Oberösterreich. „Wir haben einerseits viele Asylwerber, die nichts zu tun haben, andererseits einen großen Bedarf an Saisonarbeitern“, sagt Stefan Hamedinger von der Landwirtschaftskammer Oberösterreich. In Oberösterreich werden jedes Jahr 4000 Saisonarbeiter benötigt. Von diesen kämen 3000 aus EU-Staaten wie Rumänien, Polen und der Ukraine, der Rest aus Drittstaaten, also außerhalb der EU. Wegen der geografischen Lage sei Oberösterreich weniger beliebt bei Arbeitskräften aus Osteuropa, sagt Hamedinger. Zudem seien die hohen Lohnnebenkosten, etwa Pensionsversicherungsbeiträge, für viele ein Hemmnis in Österreich zu arbeiten.

Vor drei Jahren startete in Oberösterreich daher das Projekt des Ausländerfachzentrums (AFZ) des AMS Oberösterreich: Asylwerber konnten sich beim AMS für die Saisonarbeit bewerben. Das AMS traf eine Vorauswahl

und organisierte mit der Landwirtschaftskammer eine Jobbörse. Dort trafen die Landwirte mit den Asylwerbern zusammen und konnten entscheiden, wen sie für den Saisonbetrieb beschäftigen wollen. Von ursprünglich tausend Asylwerbern wurden schließlich 150 von den Landwirten für die Erntearbeit ausgewählt.

Es gebe aber einige Hürden zu bewältigen, erzählt Landwirt Mayr. Die Arbeitsstelle müsse sich nahe an der Flüchtlingsunterkunft befinden. Für die Beschäftigung wird eine Bewilligung vom AMS benötigt. Denn grundsätzlich gilt, dass Saisonarbeiter aus der EU bei der Arbeitsplatzvergabe bevorzugt werden müssen. Deswegen wird die Zahl der Saisonarbeitskräfte aus Drittstaaten begrenzt – in Oberösterreich auf 995. Für Asylwerber sollte es aber ein eigenes Kontingent geben, meint Hamedinger.

Genossenschaft als Vermittler

So sieht es auch Walter Medosch, Generalsekretär der österreichischen Landarbeiterkammer. Er wünscht sich eine Genossenschaft, die in Zusammenarbeit mit dem AMS Flüchtlinge an die Landwirtschaft vermittelt. Außerdem könnten Schulungen angeboten werden, in denen Geflüchtete auf die Arbeit auf dem Feld vorbereitet werden. Dadurch würden vor allem jene in den Arbeitsmarkt integriert werden, die bereits einen positiven Asylbescheid haben.

Berhard Mayr ist mit der bisherigen Arbeit von Sayed und Ali sehr zufrieden. „Ich kenne sie schon und weiß, dass es funktioniert“, sagt Mayr. Sayed hat schon in Pakistan auf dem Gemüsefeld seiner Eltern gearbeitet. Jetzt besucht er die Gartenbauschule Ritzlhof in Ansfelden. Er möchte Gemüsebauer in Österreich werden. Und natürlich auch einmal Gurken anbauen.

„Saisonarbeit kann ein Einstieg sein“

Der Vorarlberger Flüchtlingsbeauftragte Anton Strini sieht gute Chancen für Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt. Vorausgesetzt, den Menschen werden Möglichkeiten zur Berufsausbildung geboten.

INTERVIEW: Jutta Berger

STANDARD: Haben Flüchtlinge Chancen auf dem Arbeitsmarkt?

Strini: Ja, im Prinzip haben sie durchaus gute Chancen. Ein großer Teil der Flüchtlinge ist unter 25 Jahre alt, das wäre der Nachwuchs, den die Wirtschaft sucht.

STANDARD: Wo sind die Hürden?

Strini: Man muss unterscheiden zwischen Asylwerbern und Bleibeberechtigten. Asylwerber dürfen nur in sehr eingeschränktem Ausmaß arbeiten. Bleibeberechtigte sind auf dem Arbeitsmarkt gleichgestellt. Bei beiden Gruppen sind mangelnde Sprachkenntnisse eine große Hürde. Selbst ein Hilfsarbeiter sollte Deutsch auf A2-Niveau können. Salopp gesagt Baustellendeutsch. Ohne Grundkenntnisse in Deutsch bekommt man nicht einmal Hilfsarbeiterjobs. Egal welche Arbeiten man macht – überall gibt es Beschriftungen, digitale Anzeigen.

STANDARD: Sind Saisonjobs eine Lösung?

Strini: Saisonale Beschäftigungen wie im Tourismus können ein guter Einstieg sein. Hilfsarbeit aber, etwa im Rahmen der jährlichen Landwirtschaftskontingente mit Niedriglöhnen – das ist aus meiner Sicht kein nachhaltiger Zugang zum Arbeitsmarkt und trägt auch nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Das erinnert mich an die Versuche zur Rettung der Textilindustrie mit billigen Arbeitskräften. Heute haben wir die Textilindustrie nicht mehr, aber eine hohe Anzahl Geringqualifizierter ohne Job.

STANDARD: Was möchten Sie als Flüchtlingsbeauftragter erreichen?

Strini: Mein Ziel: Die Konkurrenzierung bereits beschäftigter Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation möglichst niedrig zu halten und gerade die jungen Menschen rasch in eine Berufsausbildung bringen. Dafür müssen sie aber Deutsch auf B1-Niveau können, um die Berufsschule zu schaffen. Basisqualifikation wäre ein Hauptschulabschluss. Das heißt, sie brauchen eine ausreichende Vorbereitung für eine Lehre, die auch länger dauern kann. Insgesamt ist der Arbeitsmarkt aufnahmefähig. Allein im letzten Jahr ist die Zahl der beschäftigten

Flüchtlinge in Vorarlberg um 500 gestiegen.

STANDARD: Welche Erfahrung machen Sie mit ersten Projekten?

Strini: Wir sehen, dass die Leute ehrgeizig sind, fleißig, ihren Job sehr gut machen. Bei Lehrlingen tauchen aber Probleme auf, wenn sie in die Berufsschule müssen. Da reichen oft die Sprachkenntnisse und die Vorbildung nicht aus. Das führt zu Frustration, die Motivation ist weg, die Ausbildung wird abgebrochen.

STANDARD: Wie kann man dem vorbeugen?

Strini: Wir müssen sehr sorgfältige Kompetenzchecks machen, die Menschen in die für sie passenden Deutschkurse schicken. Sie dürfen nicht überfordert und demotiviert werden. Dann muss man bei der Berufsschule ansetzen. Ein Förderunterricht wäre notwendig. Wir entwickeln dazu aktuell zwei Pilotprojekte.

STANDARD: Wie wollen Sie erreichen, dass Flüchtlinge nicht in der Hilfsarbeit oder der Mindestsicherung steckenbleiben?

Strini: Es wurden bereits Maßnahmen vom AMS geschaffen, die mitgebrachte Ressourcen der Flüchtlinge nutzen. Wichtig ist dabei aber die laufende Abstimmung mit den Flüchtlingen selbst. Ich erarbeite gerade mit Experten ein Konzept für eine individuelle Integrationsbegleitung. Dabei geht es einerseits darum, bei schwer lösbaren Problemen Hilfestellungen zu geben, andererseits aber auch darum, Flüchtlingen in den einzelnen Prozessschritten klarzumachen, dass auch sie einen Teil der Integrationsarbeit erbringen müssen.

STANDARD: Gibt es die finanziellen und personellen Ressourcen für diese individuelle Betreuung?

Strini: Wir werden mehr Mittel brauchen. Aber: Wenn wir jetzt nicht zielgenau investieren, werden später hohe Folgekosten auf uns zukommen.

ANTON STRINI (63) ist Flüchtlingsbeauftragter der Vorarlberger Landesregierung. Zuvor leitete er das Arbeitsmarktservice (AMS) Vorarlberg.

Foto: Landespressestelle

Asylwerber im Ernteeinsatz

Gültige und aufrechte Beschäftigungsbewilligungen, Stand: Juni 2017

